

Universitätsstadt Tübingen
Fachabteilung Stadtarchiv
Rauch, Udo Telefon: 07071-204-1705
Waizenegger, Dagmar Telefon: 07071-204-1737
Gesch. Z.: 43/362/

Vorlage 522a/2019
Datum 19.12.2019

Berichtsvorlage

zur Behandlung im **Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales**

Betreff: **Stadtarchiv; Alternativen zum Standort Güterbahnhof**

Bezug: 13/2019, 522/2019, 526/2019

Anlagen: 0

Zusammenfassung:

Nachdem die geplante Unterbringung des Stadtarchivs im Güterbahnhof baulich nicht möglich ist und vorerst aus finanziellen Gründen keine weitere Standortsuche und Planung erfolgen kann, hat die Verwaltung nach Alternativen zur sachgerechten Aufbewahrung der Archivalien gesucht. Als Zwischenlösung beabsichtigt die Verwaltung einen Teil der Bestände an einen privaten Dienstleister auszulagern. Dies führt zu einer Entlastung in der Unterbringung der Bestände.

Ziel:

Mit der Auslagerung der Archivalien soll die Arbeitsfähigkeit des Archivs sichergestellt werden.

Bericht:

1. Anlass / Problemstellung

Mit der Berichtsvorlage vom 28.3.2019 (13/2019) wurde dem Gemeinderat mitgeteilt, dass der Umbau des alten Güterbahnhofs zum Stadtarchiv nicht möglich ist. Daraufhin stellten am 2.5.2019 die Fraktionen der SPD (522/19) und der Tübinger Liste (526/19) den Antrag, Alternativen für die Unterbringung des Stadtarchivs zu prüfen.

Problematisch war und ist auch weiterhin die Lagerung der Archivbestände in nicht geeigneten Magazinräumen verteilt über das Stadtgebiet. Die Archivalien sind deshalb nur schwer zugänglich, leiden unter den Transporten und vor allem den teilweise schlechten Lagerungsbedingungen. Für alle externen Lagerflächen gilt: Durch die dezentrale Lagerung ist nur eine mangelhafte Aufsicht und Kontrolle über die Bestände möglich.

In den letzten vier Jahren, seit dem Grundsatzbeschluss zum Umbau des Güterbahnhofs, wurden die letzten noch vorhandenen freien Regalflächen mit neu zugegangenen Archivalien belegt. Die Aufnahme weiterer Bestände ist aktuell nicht mehr möglich.

2. Sachstand

Die Verwaltung hat geprüft, ob weitere Magazinräume für das Stadtarchiv angemietet werden können. Dies war jedoch leider nicht möglich. Geeignete Räume stehen auf dem Tübinger Markt derzeit nicht zur Verfügung. Außerdem würde eine weitere Anmietung die „zerhäuselte“ Lage des Stadtarchivs nur noch unübersichtlicher und in der Folge personalintensiver machen. Deswegen hat die Verwaltung weitere Möglichkeiten der Unterbringung von Archivalien in Erwägung gezogen und ist auf das Verfahren „Scan on demand“ aufmerksam geworden.

3. Vorgehen der Verwaltung

„Scan on demand“ kommt aus der Industrie und entlastet große Firmen von der Aufbewahrung alter Rechnungsakten oder Personalakten. Die Verwaltung möchte dieses Verfahren für das Stadtarchiv testen. Die Bestellung der Archivalien in den Lesesaal des Stadtarchivs kann nach der Auslagerung sowohl per Paketpost als auch über Scans zum Download (Scan-on-Demand) erfolgen. Es werden die Unterlagen digitalisiert (d.h. eingescannt), die tatsächlich abgefragt und gebraucht werden. Die Bestellung der Scans erfolgt über eine Online-Plattform anhand von dort hinterlegten Listen der ausgelagerten Unterlagen. Sobald die Unterlagen eingescannt sind, schickt die Betreiberfirma einen Link, mit dem die Scans heruntergeladen werden können. Dieses Verfahren soll nun erprobt werden. Dabei kommen nur ausgewählte, eher jüngeren Beständen in Frage. Die Verwaltung beabsichtigt insbesondere Personalakten auszulagern. Diese sind präzise verzeichnet und es kann davon ausgegangen werden, dass die Nachfrage nicht so hoch ist. Nach Ablauf von zwei Jahren werden die Erfahrungen mit „Scan on demand“ bewertet und eine Kosten-Nutzen-Analyse vorgenommen. Auf dieser Basis kann dann entschieden werden, ob das Verfahren sich über den Erprobungszeitraum hinaus für einzelne Aktenbestände des Stadtarchivs anwenden lässt.

Mit diesem Konzept ist eine Entlastung des Archivs möglich und es kann Platz für Neuzugänge geschaffen werden. Die notwendigen Mittel sind im kommenden Haushalt veran-

schlägt. Um das Konzept umsetzen zu können, wird eine zusätzliche Personalstelle (E9) benötigt. Die geeigneten Bestände müssen ausgewählt, vorbereitet und Listen für die Übergabe erstellt werden. Darüber hinaus benötigt das Stadtarchiv an seinem jetzigen Bürostandort einen zusätzlichen Raum zur Bearbeitung der auszulagernden Bestände.

4. Lösungsvarianten

Um die Arbeitsfähigkeit des Archivs sicherzustellen gibt es kurzfristig keine Lösungsvariante. Da der Betrieb und die sachgemäße Unterbringung eines Stadtarchivs gesetzliche Pflichtaufgabe sind, muss die Verwaltung mittelfristig die Planung für einen Neubau oder die Umnutzung eines anderen Gebäudes planen.

5. Finanzielle Auswirkungen

Für die Auslagerung von Archivbeständen sind im Haushalt 2020 unter Kostenstelle 25.21.00.00.00 / Sachkonto 4271.0000 46.000 Euro beantragt. Ähnlich hohe Kosten sind für die kommenden Jahre zu erwarten. Die zusätzliche Stelle ist mit E9 bewertet.